

P21/2026

Postulat für barrierefreie und inklusive Arbeitsplätze bei der Stadt Thun

Franz Schori (SP), Noëmi Porfido (Grüne), Michael McGarty (GLP), Jonas Baumann-Fuchs (EVP), SP-Fraktion

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, die städtischen Arbeitsplätze und Arbeitsumgebungen barrierefreier zu gestalten, wo es notwendig und möglich ist. Dabei soll auch geprüft werden, wo in städtischen Liegenschaften noch bauliche oder andere Barrieren bestehen und wie diese insbesondere bei künftigen Sanierungen berücksichtigt werden können. Zudem wird der Gemeinderat gebeten zu prüfen, Rekrutierungsprozesse inklusiver zu gestalten und den Anteil von Mitarbeitenden mit Behinderungen in der Stadtverwaltung zu erhöhen. Das Ziel soll eine chancengerechte Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt innerhalb der Stadtverwaltung sein.

Begründung

Die Stadt Thun soll als Arbeitgeberin mit gutem Beispiel vorangehen und die gesellschaftliche Vielfalt auch in ihrer Verwaltung abbilden. Menschen mit Behinderungen verfügen über wertvolle Kompetenzen und Qualifikationen, stossen jedoch auf dem ersten Arbeitsmarkt noch immer auf Hürden – sei es durch bauliche Barrieren, nicht angepasste Arbeitsplätze oder Ausschreibungen und Rekrutierungsprozesse, die ungewollt Personen ausschliessen.

Mit dem Prüfen von barrierefreien Arbeitsplätzen und Arbeitsumgebungen, inklusiveren Rekrutierungsprozessen und einer gezielten Förderung von Mitarbeitenden mit Behinderungen kann die Stadt bestehende Potenziale besser nutzen. Dazu gehört auch die Frage, ob die städtischen Verwaltungsstandorte und Arbeitsumgebungen für Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen tatsächlich zugänglich sind. Hindernisfreie Zugänge, automatische Türen, Liftanlagen, geeignete Sitzungsräume und Toiletten, verständliche Signalisationen oder technische Hilfsmittel für Menschen mit Seh- oder Hörbehinderungen können dabei eine wichtige Rolle spielen.

Auch [EnableMe](#) weist darauf hin, dass eine erfolgreiche berufliche Inklusion nicht allein bei den betroffenen Personen ansetzen kann. Neben individuellen Massnahmen braucht es strukturelle Voraussetzungen wie ein barrierefreies Arbeitsumfeld, eine chancengleiche Einstellungspolitik und eine Arbeitsorganisation, die unterschiedliche Bedürfnisse berücksichtigt. Entscheidend ist dabei ein Perspektivenwechsel: Nicht nur Menschen mit Behinderungen sollen sich an bestehende Arbeitsplätze anpassen müssen, sondern auch die Arbeitsumgebung soll so gestaltet werden, dass unterschiedliche Fähigkeiten und Bedürfnisse berücksichtigt werden können.

Das Postulat verlangt keine starren Quoten oder sofortigen Massnahmen, sondern ein sorgfältiges Prüfen von Möglichkeiten und Nutzen. Damit werden sowohl Aspekte der Chancengerechtigkeit als auch betriebliche und finanzielle Aspekte angemessen berücksichtigt. Eine inklusivere Stadtverwaltung kann vorhandene Kompetenzen besser nutzen und kommt letztlich der gesamten Bevölkerung zugute.

Dringlichkeit: Wird nicht verlangt.

Thun, 17. September 2026



Ulina Freyhuber
M. Gesch. Barthome


